

Basler SVP fordert mehr Polizeipräsenz - per Volksinitiative

Aktualisiert am 14.08.2009

Die SVP Basel-Stadt hat am Freitag zwei Initiativen und 15 parlamentarische Vorstösse zur Sicherheitspolitik vorgelegt. Die Partei versucht seit Frühjahr, die Regierung in diesem Bereich unter Druck zu setzen.

Die den Medien vorgestellte Volksinitiative «für einen sicheren Kanton Basel-Stadt» fordert von der Polizei «mindestens ein Drittel mehr Stunden uniformierte sichtbare Präsenz pro Jahr» als heute. Mindestens 40 Prozent davon soll der Sicherheit in Quartieren dienen, 20 Prozent der Gewaltprävention.

Die Initiative «zur Einführung einer Mobilen Abfallpolizei für einen sauberen Kanton Basel-Stadt (Sauberkeitsinitiative)» will eine «Abfallpolizei» mit etwa 4 Stellen und zwei Fahrzeugen. Diese soll beratend und präventiv wirken und auch Abfallmarken verkaufen, aber ebenso Bussen gegen illegale Abfallentsorgung ausstellen.

Von den 15 Grossratsvorstössen zu verschiedenen Themen sind vier Motionen, acht Anzüge, zwei Interpellationen und einer ein Antrag für eine Standesinitiative. Zudem hat die SVP ein «Konzept einer SVP-Milizgruppe gegen Gebäudeschmierereien» vorgelegt, nach dem zwei bis drei Freiwillige «stichprobenweise» Fassaden beobachten sollen.

Druck mittels Kampagne

Die Partei hatte der Basler Regierung im April ein «Ultimatum» gestellt und Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit innert 100 Tagen verlangt. Anlass gaben Gewaltdelikte, die zuvor bekannt geworden waren. Im Mai richtete die Partei ein «Bürgertelefon» ein, wo Anliegen deponieren konnte, wer wollte.

Aus Sicht von SVP-Präsident Sebastian Frehner ist seither aber «gar nichts passiert» - ausser einer Lohnanpassung bei der Polizei und einem am Donnerstag vom Sicherheitsdepartement vorgelegten Plan für Überwachungskameras. Die Initiativen und Vorstösse kündigte Frehner darum als «Massnahmen der SVP nach Ablauf des Ultimatums» an.

Allerdings betreffen die Forderung nun ausser der Sicherheit vor Gewalt auch die Sauberkeit in der Stadt. Insbesondere die Kosten ihrer Initiativen konnte die SVP zudem nicht beziffern; wieviel die Sicherheitsinitiative kosten würde, müsse Sicherheitsdirektor Hanspeter Gass sagen, antwortete Frehner auf eine Frage. (amu/sda)

Erstellt: 14.08.2009, 17:43 Uhr